

Inhaltsverzeichnis

A	Einleitung	15
B	Methodische Grundlagen / Zielsetzung der Untersuchung	22
I.	Interessenlage innerhalb der Lizenzkette	24
1.	Urheber / Vergütungsniveau	24
2.	Urheber in Anstellungsverhältnissen / Leistungsschutzberechtigte / Werke der „kleinen Münze“	27
3.	Lizenznehmer	30
a)	Rechteverwerter / Werkvermittler	30
b)	(End-)Lizenznehmer / Werkkonsumenten	32
aa)	Lizenzen als Unternehmenskapital und Produktionsfaktor	32
bb)	Interessen der Allgemeinheit / Entstehung eines lizenzvertraglichen Endverbrauchermarkts	33
4.	Bei der Austarierung der beteiligten Interessen zu berücksichtigende Faktoren	35
a)	Machtverhältnisse und Risikolage entlang der Lizenzkette	35
b)	Strukturschwäche des Urhebervertragsrechts / Mangelnde Gestaltungsdiversität	37
c)	Kumulation von Schutzrechten / Fragilität von Lizenzketten und erschwerte Verkehrsfähigkeit	40
5.	Stellungnahme / Zwischenergebnis	41
II.	Gegensätzliche Leit motive urhebergesetzlichen Schutzes	45
1.	Spannungsverhältnis zwischen gesetzgeberischem Paternalismus und Wertschöpfungsoptimierung	46
2.	Spannungsverhältnis zwischen Innovations- und Investitionsschutz	48
3.	Stellungnahme / Zwischenergebnis	49
III.	Verfassungsrechtliche Grenzen der Rechtsrahmenausgestaltung (sowie Gesetzesauslegung)	52
1.	Eigentumsrechtlicher Schutz nach Art. 14 Abs. 1 GG / Recht auf angemessene Vergütung	53

2. Urheberpersönlichkeitsrechtlicher Schutz nach Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG / Einfachgesetzliche Ausprägungen	55
3. Rangverhältnis zwischen eigentums- und urheberpersönlichkeitsrechtlichem Schutz	56
4. Stellungnahme / Zwischenergebnis	58
IV. Volkswirtschaftliche und rechtsökonomische Grundzüge des Urheber- und Urhebervertragsrechts	58
1. Grundsätzliche Funktionsweise von Märkten sowie deren rechtsökonomische Analyse	61
a) Ökonomische Wohlfahrt und Marktversagen / Externe Effekte	62
b) Ausgangslage: Absoluter Wettbewerb ohne staatliche Eingriffe / Marktversagen bei öffentlichen Gütern	65
c) Property Rights-Theorie: Schaffung von Internalisierungsanreizen durch den Staat	67
d) Effizienz der Ressourcenallokation nach dem Coase-Theorem / Lenkungsmöglichkeiten des Staats	71
aa) Transaktionsökonomik	74
bb) Informationsökonomik / Principal-Agent-Theorie	76
2. Ökonomische Grundzüge des Marktes für kreative Inhalte / Das Urheberrecht als Property Right	78
3. Rechtsökonomische Analyse der allokativen Effizienz kreativer Inhalte im Wege der Lizenzierung	80
4. Schlussfolgerungen / Zwischenergebnis	85
V. Schlussfolgerungen / Zielsetzung der Untersuchung	86
C Rechtliche Grundlagen der Lizenzierung	93
I. Erscheinungsformen der Lizenz / Begriffsklärung	94
1. Ausschließliche oder einfache Nutzungsberechtigungen	95
2. Obligatorische oder dingliche Nutzungsberechtigungen	96
3. Individuelle inhaltliche Konturierung	97
II. Rechtsnatur der Lizenz	99
1. Funktion absoluter Rechte im Sachen- sowie im Urheberrecht	104
2. Aufgabe der apodiktischen Trennung zwischen einfacher und ausschließlicher Lizenz	110

3. (Mögliche) Dinglichkeit der Lizenz	114
a) Mangelnder Typenzwang bedingt fehlenden Maßstab der Dinglichkeit	115
b) Verfügungsscharakter der Lizenzeinräumung	115
c) Dinglichkeit als Rechtsfolgenbegriff / Rückschlüsse auf Verfügungswirkung	122
aa) Sukzessionsschutz	126
bb) Insolvenzfestigkeit	132
(1) Grundsätzliches zur insolvenzrechtlichen Vermögenszuordnung	133
(2) Insolvenzzrechtliche Behandlung urheberrechtlicher Lizenzen	142
cc) Abwehrrecht / Klagebefugnis	146
d) Zusammenfassung / Schlussfolgerungen	151
e) Abgrenzung zur schuldrechtlichen Gebrauchsüberlassung	157
4. Evaluierung und de lege ferenda Betrachtung	159
III. Vertragliche Konstruktion der Lizenzeinräumung	160
IV. Geltung des Abstraktionsprinzips	164
1. Abkehr vom Abstraktionsprinzip Im Verhältnis zwischen Urheber und (Erst-)Lizenznehmer	167
a) Mangelnder Typenzwang im Urhebervertragsrecht	167
b) Analoge Anwendung des § 9 VerlG	168
c) Zweckübertragungsgrundsatz, § 31 Abs. 5 UrhG / Fiktion des § 158 Abs. 2 BGB	171
d) Schlussfolgerungen / Maßgeblichkeit der Interessenlage	172
2. Anwendbarkeit des Abstraktionsprinzips auf späterer Lizenzierungsstufe	174
3. Auswirkungen der Vertragsbeendigung auf erster Stufe auf die übrige Lizenzkette	175
V. Kein gutgläubiger Erwerb urheberrechtlicher Lizenzen	175
1. Verfügungen eines Nichtberechtigten	176
2. Scheinrechte und Leerübertragungen	178
3. Exkurs: Patent- und Markenrecht	179
D Lizenzen in der Insolvenz	182
I. Regelungssystematik und Rechtsfolgen des § 103 Abs. 1 InsO	188

II. Lizenzverträge im Anwendungsbereich des § 103 Abs. 1 InsO / Auswirkungen auf die eingeräumte Lizenz	191
III. Herausstellung der zu untersuchenden Prämissen der herrschenden Meinung	194
IV. Die Lizenzeinräumung als bereits erfüllte Leistung i.S.d. § 105 InsO	195
1. Einräumung der Lizenz als einmaliger, punktueller Verfügungsakt	197
2. Lizenz berechtigt unmittelbar zur Nutzung / Keine Erforderlichkeit einer „Aufrechterhaltung“ der Lizenz	203
3. Differenzierung zwischen obligatorischen Rechtsposition und Rechtspositionen auf Verfügungsebene im Insolvenzverfahren	212
V. Konsequenzen für das Erfüllungswahlrecht / Erforderlichkeit einer gesetzlichen Regelung	214
1. Hinsichtlich der Lizenzeinräumung	215
2. Hinsichtlich noch ausstehender Lizenzentgeltzahlungsverpflichtungen	218
3. Hinsichtlich weiterer, noch nicht vollständig erfüllter Vertragspflichten	219
VI. Berücksichtigung der Interessen des Lizenzgebers	223
1. Spezialgesetzliche Regelungen der § 36 Abs. 3 VerlG und § 41 Abs. 1 UrhG	224
2. Außerordentliches Kündigungsrecht gemäß § 314 BGB	224
a) Insolvenz des Lizenznehmers	225
b) Insolvenz des Lizenzgebers	228
3. Zwischenergebnis	230
VII. Insolvenzrechtliche Auswirkungen auf die Lizenzkette	231
1. Weiterübertragung der Lizenz, § 34 Abs. 1 UrhG	231
2. Unterlizenzierung der Hauptlizenz, § 35 Abs. 1 UrhG	231
VIII. Evaluierung und de lege ferenda Betrachtung	232
E Unterlizenzierung urheberrechtlicher Werke / Sukzessionsschutz von Unterlizenzen	237
I. Dogmatische Grundlagen der Unterlizenzierung	239
1. Vertragliche Konstruktion der Einräumung	240

2. Zustimmungsvorbehalt des Urhebers in Unterlizenzierung, § 35 Abs. 1 UrhG	242
3. Das Recht zur Unterlizenzierung / Voraussetzungen an das Tochterrecht	245
II. Darstellung der Rechtsprechung des BGH zum Sukzessionsschutz von Unterlizenzen	248
III. Stellungnahme / dogmatischer Unterbau eines grundsätzlichen Sukzessionsschutzes	251
1. Verfügungscharakter der Lizenzeinräumung	252
2. Wirksam entstandene Unterlizenz	254
3. Kein gutgläubiger Erwerb des Unterlizenznehmers	254
4. Kein Entgegenstehen des (nicht anwendbaren) Abstraktionsprinzips	255
5. Keine Korrektur über § 31 Abs. 5 UrhG	256
IV. Ausnahmefälle / möglicher Rückfall abgeleiteter Unterlizenzen	257
1. Erlöschen der Hauptlizenz mit ex tunc Wirkung	258
2. Auflösend bedingte Einräumung der Unterlizenz, § 158 Abs. 2 BGB	262
3. Lediglich obligatorische Unterlizenz	264
4. Umgehungsgeschäfte	264
V. Abtretung des Lizenzentgeltanspruchs, § 812 Abs. 1 S. 1, 2. Alt. BGB	265
1. Regelfall / Abwicklungsschwierigkeiten	266
2. Ausnahmefälle: Anspruch auf angemessene Vergütung, § 32a Abs. 2 UrhG (analog)	271
VI. Kündigung des Unterlizenzvertrags durch den Hauptlizenzgeber bzw. den neuen Inhaber der Hauptlizenz	280
1. Geltendmachung des Kündigungsrechts des Hauptlizenznehmers (infolge Abtretung oder gewillkürter Prozessstandschaft)	281
2. Mitwirkungspflicht des Hauptlizenznehmers bei etwaiger Kündigung des Unterlizenzvertrags	284
3. Rückabwicklung des Unterlizenzvertrags im Falle einer Kündigung	285
VII. Tatsächliche Ausübungsmöglichkeit der Unterlizenz / Auswirkungen auf die Vertragsbeziehungen innerhalb der Lizenzkette	286

VIII. Evaluierung und de lege ferenda Betrachtung	291
F Weiterübertragung von Lizenzen	297
I. Grundlagen der Weiterübertragung	299
1. Vertragliche Konstruktion	300
2. Auswirkungen auf das Vertragsverhältnis zwischen Lizenzgeber und Lizenznehmer	301
3. Grundsätzlicher Zustimmungsvorbehalt des Urhebers	301
4. Ausnahmen vom Grundfall des Zustimmungsvorbehalts	304
a) Keine treuwidrige Zustimmungsverweigerung, § 34 Abs. 1 S. 2 UrhG	304
b) Ausschluss des Zustimmungsvorbehalts bei Filmwerken, § 90 UrhG	305
c) Einschränkung des Zustimmungsvorbehalts bei Sammelwerken, § 34 Abs. 2 UrhG	305
d) Ausschluss des Zustimmungsvorbehalts im Rahmen von Unternehmensveräußerungen, § 34 Abs. 3 UrhG	306
5. Grundsätzliche Disposivität, § 34 Abs. 5 S. 2 UrhG	309
II. Verwertungs- oder Nutzungslizenz: Zu differenzierende Interessenlagen	309
III. De facto Ausschluss der Weiterübertragbarkeit trotz Pflicht zur Zustimmungserteilung, § 34 Abs. 1 S. 2 UrhG	315
1. Praktische Probleme bei der Zustimmungseinholung	315
2. Transaktionsökonomische Bedenken bei der Zustimmungseinholung	317
3. Zwischenergebnis	318
IV. Teleologische Reduktion des § 34 Abs. 1 S. 1 UrhG	318
1. Grundsätzliche Festlegung des Umfangs der teleologischen Reduktion	320
2. Einzubeziehende Faktoren bei der Festlegung des Reduktionsumfangs	321
a) Durchschlagen kaufrechtlicher Vorschriften bei unbefristeter Lizenzeinräumung	322
b) Stetige (nationale) Rechtsprechung	323
c) Vereinbarkeit mit dem Erschöpfungsgrundsatz / UsedSoft-Entscheidung des EuGH	323
aa) Rechtlicher Hintergrund	323
bb) Inhalt der UsedSoft-Entscheidung des EuGH	326

cc) Auswirkungen auf die Übertragbarkeit von Lizenzen	328
dd) Übertragbarkeit auf andere Werkkategorien	334
3. Schlussfolgerungen	340
V. Vorschlag einer alternativen Regelungslösung de lege ferenda	345
1. Zustimmungsfreie Weiterübertragbarkeit mit Rückruflösung als Regelfall	345
2. Möglichkeit einer vorherigen Zustimmungserteilung	347
3. Kodifizierung eines Ausnahmetatbestands	348
4. Gesamtschuldnerische Haftung des Erwerbers / Folgen der Kündigung des Lizenzvertrags	348
VI. Möglichkeit zur Lizenzausübung durch den Erwerber	349
1. Keine Pflicht zur Ermöglichung der Lizenzausübung des Lizenzgebers	350
2. Problem der Nutzerkontenbindung / Bindung an Plattformen	351
3. Lösungsmöglichkeiten / Auswirkungen der UsedSoft- Entscheidung	352
4. Cloud- und Streamingangebote	357
VII. Schutz des Urhebers / Bestandssicherheit der abgetretenen Lizenz	358
1. Gesamtschuldnerische Haftung, § 34 Abs. 4 UrhG	358
2. Beendigung des Lizenzvertrags zwischen Urheber und Lizenznehmer	362
a) Kündigung des Lizenzvertrags	363
aa) Gesamtschuldnerische Haftung des Erwerbers gemäß § 34 Abs. 4 UrhG	363
bb) Mit ausdrücklicher Zustimmung des Urhebers übertragene Lizenz	367
b) Wegfall des Hauptlizenzvertrags mit ex tunc Wirkung	372
3. Zeitliche Beschränkung der übertragenen Lizenz	373
4. Rückrufrechte des Urhebers	373
5. Rückabwicklung von Lizenzverträgen zwischen Lizenznehmern	373
6. Insolvenz	374
VIII. Evaluierung und de lege ferenda Betrachtung	374

G	Fazit / Ausblick	379
H	Literaturliste	389
I	Abkürzungshinweis	405